



**STÄDTEBAU-  
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und  
Gemeinden

Dokumentation der Transferwerkstatt

## **„Potenziale bündeln in kleineren Städten und Gemeinden – Austausch zu den Erfahrungen mit dem neuen Städtebauförderungsprogramm“**

27./28. März 2012, Bischofsheim an der Rhön  
Historisches Rentamt



Am 27. und 28. März 2012 fand im Historischen Rentamt in Bischofsheim an der Rhön die erste Transferwerkstatt zum Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ statt. Mit ca. 70 Personen aus Bund, Ländern und Programmkommunen war die Veranstaltung gut besucht. Sie widmete sich dem Thema „**Potenziale bündeln in kleineren Städten und Gemeinden**“ und diente dem Erfahrungsaustausch zum neuen Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“.

Die Transferwerkstatt thematisierte Handlungsansätze im Umgang mit dem demo-

graphischen Wandel und Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge in kleineren Städten und Gemeinden. Wege zur Bündelung von Potenzialen wurden im Rahmen von Vorträgen und Diskussionen aufgezeigt. An Hand von Praxisbeispielen wurden in drei Arbeitsgruppen am ersten Tag der Transferwerkstatt die Organisation der interkommunalen Kooperation und der überörtlichen Beteiligung sowie die Bündelung von Fördermitteln diskutiert. Am zweiten Tag rückte die Sicherung der Daseinsvorsorge in den Vordergrund. Abgerundet wurde die Veranstaltung mit einer Busrundfahrt durch die an der Kreuzbergallianz beteiligten Gemeinden und einen Stadtrundgang durch Bischofsheim.

## 1. Veranstaltungstag

Eröffnet wurde die Transferwerkstatt durch **Prof. Dr. Hagen Eyink**, Leiter des Referats Ländliche Infrastruktur und Kulturlandschaften im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Grußworte von **Armin Keller** von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern und von **Udo Baumann**, Bürgermeister der gastgebenden Stadt Bischofsheim an der Rhön und Sprecher der Kreuzbergallianz, schlossen sich an. Moderiert wurde der erste Veranstaltungstag von **Katharina Janke**, Bundestransferstelle „Kleinere Städte und Gemeinden“.



Das Plenum bei der Eröffnung der Transferwerkstatt

Im Einführungsvortrag gab **Holger Pietschmann** von der Bundestransferstelle „Kleinere Städte und Gemeinden“ einen Überblick zu den ersten Erkenntnissen aus der Umsetzung des neuen Städtebauförderungsprogramms. Er ging auf die programmspezifischen Ziele, Handlungsfelder und Fördergegenstände ein und benannte als besondere Anforderungen:

- Interkommunale Entwicklungskonzepte
- Überörtliche Beteiligungs- und Abstimmungsprozesse
- Einbindung neuer Partner - z. B. aus der Daseinsvorsorge
- Bündelung der Fördermittel des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ mit Fördermitteln anderer Förderprogramme.

Anschließend stellte Holger Pietschmann erste Ergebnisse aus der Umsetzung des Programms vor. Die räumliche Verteilung der Fördermaßnahmen und die große Nachfrage nach dem Programm belegte, so Holger Pietschmann, den Handlungsbedarf in kleineren Städten und Gemeinden und die Bedeutung des Programms als Instrument zur Bewältigung ihrer spezifischen Herausforderungen. Die Handlungsansätze seien dabei

vielfältig, wie er beispielhaft an vier Maßnahmen aufzeigte. Er betonte, dass in vielen Kommunen eine stärkere Konkretisierung und Profilierung der Handlungskonzepte erforderlich sei, um die Daseinsvorsorge langfristig erfolgreich sichern und durch interkommunale Zusammenarbeit Potenziale nutzen zu können.

Er verwies auf die Informationsplattform zum Städtebauförderungsprogramm unter [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info) und betonte die Bedeutung des Wissenstransfers und Informationsaustausches, um erfolgreich Impulse in kleineren Städten und Gemeinden mit Hilfe des Förderprogramms zu setzen. Die Anwesenden wurden aufgerufen, sich mit Fragen, Informationen und Erfahrungen zum Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ an die Bundestransferstelle zu wenden.

Nach der Kaffeepause wurde die Transferwerkstatt in drei parallel angebotenen Arbeitsgruppen fortgesetzt, die Raum für intensiven Erfahrungsaustausch und Diskussionen boten. Jeweils zwei Impulsreferate führten in die Thematik der Arbeitsgruppe ein.

#### **AG 1 – Organisation und Management der interkommunalen Zusammenarbeit**

In der ersten Arbeitsgruppe „**Organisation und Management der interkommunalen Zusammenarbeit**“ (Moderation: **Holger Pietschmann**) stellte **Roland Schröder** von der LPG – Landesweite Planungsgesellschaft im ersten Impulsreferat die interkommunale Kooperation in Mittelbereichen Brandenburgs vor. Dabei handelt es sich um einen Politikansatz im Land Brandenburg, bei dem die Mittelzentren gemeinsam mit den Gemeinden ihres Mittelbereichs Entwicklungskonzepte erarbeiten. Wie Roland Schröder am Beispiel der Kooperation im Mittelbereich Kyritz zeigte, kann dadurch die Basis für eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Mittelzentrum und den Gemeinden seines Verflechtungsbereiches gelegt werden.

Im Mittelpunkt steht dabei die gemeinsame Stärkung des Mittelzentrums als „regionaler Anker“ und als Ort der Daseinsvorsorge. Voraussetzungen für eine funktionierende Kooperation sind, laut Roland Schröder, ein Kooperationsvertrag als Grundlage für eine verlässliche Zusammenarbeit, stabile und handlungsfähige Strukturen (z. B. durch die Bildung eines Kooperationsrates) und das gemeinsame Auftreten nach außen. Hinzu kommen die Festlegung von gemeinsamen Zielen und Maßnahmen, gemeinsame Konzepte und Prioritätenlisten sowie eine externe Beratung zur Steuerung der Prozesse.



Angeregte Diskussionen in Arbeitsgruppe 1

Das zweite Impulsreferat wurde von **Georg Köppl**, Bürgermeister der Gemeinde Altdorf, gehalten. Er stellte die interkommunale Zusammenarbeit „Brückenland Bayern-Böhmen“ vor, einen Zusammenschluss von 12 Gemeinden beiderseits der Grenze zwischen Deutschland und Tschechien. An Hand der 2011 durchgeführten Maßnahme „Leerstandsoffensive“ zeigte er die Handlungsfelder, Schwierigkeiten und Potenziale interkommunaler Zusammenarbeit auf. Mit Hilfe der öffentlichkeitswirksamen Leerstandsoffensive sei es gelungen, Bewusstsein für Leerstand im Brückenland zu schaffen, Nutzungsideen zu entwickeln und Akteure zu aktivieren. Das Vorhaben sei erst, so Georg Köppl, durch die Arbeits- und Kostenteilung im Rahmen der interkommunalen Kooperation ermöglicht worden. Auch sei es gelungen, eine größere öffentliche und mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, als es bei einzelnen Gemeindeprojekten zu erwarten gewesen sei.

In der sich anschließenden Diskussion wurde das oftmals vorherrschende Kirchturmdenken thematisiert, das erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit erschweren würde. Am Beispiel der Leerstandsoffensive sei aber deutlich geworden, wie ein gemeinsam initiiertes Projekt Nutzen für alle Beteiligten erzeugen könne. Betont wurde die Bedeutung einer federführenden Kommune für die Kooperation, bzw. für gemeinsame Vorhaben. Erörtert wurde auch die Funktion von externen Beratern zur Koordinierung der interkommunalen Zusammenarbeit, die auch als Kommunikator und neutrale Instanz dienen.

Thematisiert wurde die unterschiedliche strategische Ausrichtung der beiden in den Vorträgen vorgestellten Kooperationsansätze: Die kommunale Zusammenarbeit im Mittelbereich Kyritz ist ausgerichtet auf die gemeinsame Stärkung des Mittelzentrums. Das Beispiel Brückenland Bayern-Böhmen hingegen zeige eine häufiger praktizierte Form der Zusammenarbeit: Sie ist weniger auf die Stärkung eines Ortes konzentriert, sondern verfolge eher die Koordination und Abstimmung von Einzelmaßnahmen in den Mitgliedsgemeinden der Kooperation.

## AG 2 – Überörtliche Beteiligung in kleineren Städten und Gemeinden

Die zweite Arbeitsgruppe, moderiert von **Henning Rohwedder** (Bundestransferstelle Kleinere Städte und Gemeinden), beschäftigte sich mit dem Thema „**Überörtliche Beteiligung in kleineren Städten und Gemeinden**“. Auch diese Arbeitsgruppe begann mit zwei Impulsreferaten, gehalten von **Hans-Jürgen Altrogge**, Regionalmanager Südliches Paderborner Land und **Matthias Habermeier** von ARGUS CONCEPT Gesellschaft für Lebensraumentwicklung.

Hans-Jürgen Altrogge stellte am Beispiel der interkommunalen Kooperation Südliches Paderborner Land Prozesse der Netzwerkbildung und Bürgerbeteiligung aus Sicht eines Regionalmanagers vor. Matthias Habermeier erläuterte in seinem Vortrag Formen, Ver-

fahren und Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung aus der Sicht eines Planungsbüros. Er ermöglichte einen umfassenden Einblick in die Problemfelder und Erfolgsfaktoren von Beteiligungsverfahren auf kommunaler und regionaler Ebene.



Hans-Jürgen Altrogge hält sein Impulsreferat in Arbeitsgruppe 2

Anhand der beiden Präsentationen wurde deutlich, dass es ein breites Spektrum an Beteiligungsformen gibt: Überörtliche Beteiligung findet nicht nur auf der kommunalen Ebene in Form der „klassischen“ Bürgerbeteiligung statt, sondern umfasst zusätzlich die Mitwirkung einzelner Ressorts auf Landesebene, die Aktivierung regionaler Netzwerke sowie als wichtige Kommunikatoren die enge Einbindung der Ortsvorsteher.

In der Diskussion im Anschluss an die beiden Impulsvorträge wurde darauf hingewiesen, dass das Interesse am Leben in den Nachbargemeinden recht gering ausgeprägt sein kann. Dementsprechend gelte es bei der Bürgerbeteiligung zu entscheiden, ob sich zur Initiierung eines gemeinsamen Prozesses eine zentrale Auftaktveranstaltung in einer der kooperierenden Kommunen anbietet oder ob in jeder Partnerkommune eine entsprechende Veranstaltung durchgeführt werden soll. In der zweiten Phase (Durchführung) bieten sich hingegen themenbezogene Workshops an, in denen die relevanten

Handlungsfelder behandelt werden. Eine Abschlussveranstaltung könne dann in die Umsetzungsphase überleiten. Hier könnten Projektgruppen initiiert werden, die, unterstützt von Bürgerwerkstätten, sich vertiefend mit konkreten Projekten befassen.

Betont wurde, dass Netzwerke sehr vielfältig angelegt sein können. Hilfreich sei, an bestehende Strukturen anzuknüpfen und diese ggf. auszubauen. Ein „Kümmerer“ zur Netzwerkbetreuung sei notwendig, um Netzwerke aufrecht zu erhalten und sinnvoll zu nutzen. Hier biete sich beispielsweise ein Kooperations-/Regionalmanager an, der dauerhaft und intensiv Kontaktpflege betreibt und durch persönliche Gespräche Vertrauen gewinnen kann. Einigkeit bestand darüber, dass für die überörtliche Beteiligung keine Mindeststandards - im Sinne einer formalisierten Beteiligung - zu setzen sind, sondern auf lokale bzw. regionale Besonderheiten geachtet werden sollte.

### AG 3 – Bündelung der Städtebauförderung mit weiteren Förderansätzen

In der dritten Arbeitsgruppe „**Bündelung der Städtebauförderung mit weiteren Förderansätzen**“, moderiert von **Katharina Janke**, stellte **Dr. Jan Swoboda**, Leiter der Deutschen Vernetzungsstelle Ländlicher Raum (DVS) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Fördermöglichkeiten im ländlichen Raum vor.



Diskussion in Arbeitsgruppe 3

Er ging auf die spezifische Ausrichtung verschiedener Programme ein und verdeutlichte, dass das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ eine Fördermöglichkeit neben anderen im ländlichen Raum sei. Entscheidend sei die Kombination und Verknüpfung dieser unterschiedlichen Programme und Förderansätze. Am Beispiel des Leader-Ansatzes zeigte er, dass vor allem eine breite Beteiligungskultur die Identifizierung regionaler Potenziale für die zukünftige Entwicklung erleichtern. Anschaulich verdeutlichte er in seinem Ausblick die Überschneidung der unterschiedlichen Förderprogramme und erläuterte, dass sich die Methoden und Programme zunehmend annähern würden. Um eine Bündelung von Fördermitteln zu erleichtern, gelte es, Widersprüche zwischen den Programmlogiken abzubauen.

**Manfred Eibl**, Bürgermeister Markt Perlesreut, stellte im Anschluss in seinem Impulsvortrag die interkommunale Kooperation „Hand in Hand im Ilzer Land“ vor. Er ging insbesondere auf das Handlungsfeld „Demographie, Innenentwicklung und Flächenmanagement“ ein, dem sich die Kommunen intensiv widmen würden. Er betonte die Bedeutung vitaler Ortszentren für eine zukunftsfähige Gemeindeentwicklung. Deshalb habe die Innenentwicklung ebenso wie die Koordinierung der Infrastrukturangebote auf Grundlage gemeindeübergreifender, integrierter Handlungsansätze große Wichtigkeit. Manfred Eibl stellte ressortübergreifende Ansätze zur Bündelung von Fördermitteln vor und ging auf die Organisationsstruktur innerhalb der interkommunalen Zusammenarbeit ein. Abschließend erläuterte Manfred Eibl die im Ilzer Land erfolgreich praktizierte Kooperation mit regionalen Banken, um Prozesse der Innenentwicklung zu unterstützen.

In der Diskussion wurden die unterschiedlichen Perspektiven der Anwesenden - je nach Akteursgruppe (Kommunalvertreter, Landesvertreter, Planungsbüro) - auf die Thematik der Fördermittelbündelung deutlich. Dabei

wurden unterschiedliche Ansätze und Strategien der Fördermittelbündelung erörtert. Betont wurde der hohe Koordinierungsaufwand auf kommunaler Ebene, mit dem sich insbesondere kleinere Gemeinden aufgrund der knappen personellen Kapazitäten überfordert sehen. Die unterschiedliche Logik in der Programmgestaltung und -abwicklung sei hierbei oftmals hinderlich.

In der Diskussion wurde festgestellt, dass oftmals integrierte ländliche Entwicklungskonzepte aus dem Kontext der Leader-Förderung oder Regionale Entwicklungskonzepte als „Überbau“ für unterschiedliche Förderprogramme, Handlungsfelder und Maßnahmen dienen. Auf der Objekt- bzw. Projektebene kommen dann Mittel aus verschiedenen Fördertöpfen zusammen. Dabei gelte es auch private Mittel einzubeziehen, wie es das Beispiel der Kooperation mit Banken im Ilzer Land aufgezeigt hätte.

Als Potenziale für die Fördermittelbündelung wurde die Verschneidung mit anderen Themenfeldern, zum Beispiel erneuerbare Energien und Klimaschutz genannt. Aus dem Kreis der Diskutanten wurden Arbeitshilfen und Praxisbeispiele angeregt, um Hilfestellung und Anregungen für die Fördermittelbündelung zu erhalten.

Nach dem Ende der Diskussion in den Arbeitsgruppen bot der „**Marktplatz**“ im Saal des Rentamtes den Teilnehmenden die Gelegenheit des Austausches. Eine Posterausstellung mit Darstellungen verschiedener Programmkommunen verdeutlichte die Vielfalt der Ansätze, Ziele und Projekte zur Stärkung von kleineren Städten und Gemeinden und regte zur Diskussion an. Der erste Veranstaltungstag klang bei einem gemeinsamen Abendessen im Kloster Kreuzberg aus.



Impressionen vom „Marktplatz“

## 2. Veranstaltungstag

Der zweite Veranstaltungstag, moderiert von **Holger Pietschmann**, begann mit einem Vortrag zur „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ von **Prof. Peter Dehne** von der Hochschule Neubrandenburg. Er betonte die große Bedeutung der Daseinsvorsorge für die Standortattraktivität und damit Zukunftsfähigkeit von kleinen Städten und Gemeinden. Aufbauend auf seinen Erkenntnissen als wissenschaftliche Projektassistenz des „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“, Teil der Initiative ländliche Infrastruktur des BMVBS, zeigte er strategische Handlungsansätze und erforderliche Instrumente auf, um die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zu sichern. Im Mittelpunkt stand die „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ als Methode zur interkommunalen Daseinsvorsorgeplanung. Dieser Ansatz wird zurzeit in 21 Modellregionen erprobt, die im Rahmen eines Wettbewerbs ausgewählt wurden. Er hob die Publikation „Regionalstrategie Daseinsvorsorge - Denkanstöße für die Praxis“ aus dem Jahr 2011 hervor, die die Erkenntnisse und Erfahrungen mit der Erarbeitung von Regionalstrategien zur Daseinsvorsorge dokumentiert (siehe Literaturhinweise am Ende der Dokumentation).

Im Anschluss wurden die Ergebnisse aus den drei Arbeitsgruppen des Vortages (s. oben) durch je einen Arbeitsgruppensprecher dem Plenum vorgestellt. Anknüpfend an diese Erkenntnisse leitete Holger Pietschmann eine offene Diskussionsrunde ein.

Intensiv wurde über den Nutzen umfassender Datengrundlagen diskutiert. Zur Erstellung von Prognosen und Szenarien sowie als Entscheidungs- und Legitimationsgrundlage wurde der zielgerichteten Datenerfassung und -aufbereitung eine große Bedeutung beigemessen. Dies sei vor allem auf regionaler Ebene erforderlich, da im Falle von kleinen Gemeinden die Datenmenge oftmals zu gering sei, um langfristige Prognosen erstellen zu können. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Städtebauförderungsprogramm



Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen durch Michael Pinetzki (AG 1), Frank Pätzig (AG 2) und Katharina Janke (AG 3), Moderation Holger Pietschmann (v.r.n.l.)

„Kleinere Städte und Gemeinden“ präventiv eingesetzt werden könne und die Erstellung von Prognosen hierfür eine Voraussetzung sei.

Hervorgehoben wurde, dass nicht der Datenumfang entscheidend sei, sondern die Anwendung einer sinnvollen Methodik, wie sie zum Beispiel die Regionalstrategie Daseinsvorsorge biete, um auf Grundlage der Daten sinnvolle strategische Entscheidungen zu treffen und dabei möglichst viele Akteure einzubeziehen. Dies helfe auch bei der Aktivierung der Bürgerschaft für die Prozesse der Gemeindeentwicklung, wie bei der Kommunikation von Entscheidungen, die meist eher negativ wahrgenommen würden (Rückbau von Infrastruktur, sinkende Bevölkerungszahl etc.).

Erörtert wurde die Bedeutung von differenzierten Beteiligungsstrukturen auf den unterschiedlichen Ebenen der interkommunalen Zusammenarbeit. Auf der überörtlichen Ebene sei es kaum möglich, „klassische“ Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen, hier müssten eher Informationsveranstaltungen durchgeführt werden, um ein Bewusstsein für die Gesamtregion zu schaffen. Die konkrete Beteiligung, zum Beispiel in

Bürgerforen und durch Mitarbeit in Arbeitsgruppen, sollte auf der kommunalen Ebene erfolgen. Entscheidend sei, auch im Hinblick auf transparente, für die Bürgerschaft nachvollziehbare Verfahren, die kommunalen Handlungsfelder aus den gemeinsam festgelegten Themenbereichen für die interkommunale Zusammenarbeit abzuleiten, so dass eine Verknüpfung der unterschiedlichen räumlichen Ebenen erfolgt. Regionalmanager können zur Koordinierung zwischen den räumlichen Ebenen und zur Kommunikation der Kommunen beitragen, eine „Überkoordination“ gelte es aber zu vermeiden.

Differenziert zu betrachten seien auch die Formen der interkommunalen Zusammenarbeit. Auf der überörtlichen Ebene gelte es gemeinsam grundsätzliche Ziele festzulegen. Die Umsetzung einzelner Maßnahmen sollte dann auf kommunaler Ebene erfolgen. Zu hohe Ansprüche an die Kooperation sollten vermieden werden. Die Bildung grundsätzlicher Strukturen und die Abstimmung von gemeinsamen Zielen und Maßnahmen vorausgesetzt, sollten je nach Thema und Maßnahme sinnvolle Zusammenschlüsse gebildet werden.

Als wichtiges Handlungsfeld für die weitere Programmlaufzeit wurde genannt, die Kombination des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ mit anderen Programmen und Initiativen zu intensivieren und dabei Aspekte der Daseinsvorsorge zu berücksichtigen. Aus Kreisen der Teilnehmer wurden Arbeitshilfen für dieses Themenfeld als sinnvoll erachtet.

Zur Intensivierung des Erfahrungsaustauschs wurde vorgeschlagen, eine neue Rubrik auf dem Internetportal zum Städtebauförderungsprogramm einzurichten, in der sich, zum Beispiel im monatlich wechselnden Rhythmus, verschiedene kommunale Kooperationen vorstellen können.

**Prof. Dr. Hagen Eyink** betonte daran anknüpfend, dass es in der weiteren Programmlaufzeit entscheidend sei, die Notwendigkeit

und auch die Potenziale dieses neuen Programms zu verdeutlichen und umgesetzte Maßnahmen in der Öffentlichkeit breiter bekannt zu machen. Vor allem gelte es aber, das spezifische Profil des Programms zu schärfen und die Schwerpunkte des Programms auf Kooperation, interkommunale Zusammenarbeit und Bündelung vorhandener Fördermittel intensiv in der kommunalen Praxis zu verankern.

Zum Abschluss der Diskussion dankte **Holger Pietschmann** den Teilnehmenden und Referenten für ihre Mitarbeit und Diskussionsbereitschaft und der gastgebenden Stadt Bischofsheim. Er kündigte für den Herbst 2012 eine weitere Transferwerkstatt an, um den begonnen Erfahrungsaustausch fortzusetzen.

**Dr. Steffen Maretzke** vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zog abschließend eine Bilanz der Transferwerkstatt. Er betonte, dass sich schon in der kurzen Programmlaufzeit die Relevanz des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ als spezielles Instrument für periphere ländliche Räume bestätigt habe. Er hob hervor, dass der interkommunale Kooperationsansatz eine für die Städtebauförderung neue Komponente darstellen würde. Die Identifizierung von und der Erfahrungsaustausch über neue Partnerschafts- und Kommunikationsansätze sei deshalb entscheidend. Es gelte für die weitere Programmlaufzeit, die Erfahrungen aus unterschiedlichen Initiativen und Projekten zu nutzen, wobei die Transferstelle mit ihrem Informationsangebot unter [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info) behilflich sein könne.

Im letzten Teil der Veranstaltung wurde die Daseinsvorsorgestrategie der Kreuzbergallianz vorgestellt und anschließend eine Busrundfahrt durch zwei der fünf Gemeinden unternommen, die Teil der interkommunalen Kooperation Kreuzbergallianz sind.

Die Daseinsvorsorgestrategie wurde vorgestellt von **Dr. Wolfgang W. Fruhmann** (Dr.

Fruhmann & Partner Beratungsgesellschaft mbH), **Gunter Schramm** (Büro Planwerk – Stadtentwicklung Stadtmarketing Verkehr) sowie **Leonhard Valier** (Büro für Städtebau und Bauleitplanung Wittmann, Valier und Partner). Grundlage für die Erarbeitung der Strategie stellt eine umfassende Bevölkerungsprognose dar, der zufolge vor allem der stark sinkende Bevölkerungsanteil der unter 18-jährigen und das kontinuierlich steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung große Herausforderungen mit sich bringen. Aus diesen Rahmenbedingungen wurden zentrale Themen, u. a. Bauland, Daseinsvorsorge, Jugend und Wirtschaft abgeleitet, die die interkommunale Zusammenarbeit bestimmen. Detailliert wurden für diese Handlungsfelder die Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und angestrebten Entwicklungsprozesse dargelegt. Ein umfassender Einblick in die spezifischen Herausforderungen und vielschichtigen Handlungsansätze in der Kreuzbergallianz wurde möglich.

Die sich anschließende Busrundfahrt, eingeleitet durch einen kurzen Vortrag von **Bürgermeister Udo Baumann**, bot den Teilnehmenden Gelegenheit Maßnahmen zur Sicherung der Lebensqualität und Stabilisierung der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur im Gebiet der Kreuzbergallianz zu sehen. Die Rundfahrt führte von Bischofsheim über den Ortsteil Haselbach nach Wildflecken und von dort aus über Oberweißenbrunn und Frankenheim zurück zum Marktplatz von Bischofsheim.

In Wildflecken stellen große militärische Konversionsflächen eine große Herausforderung für die Gemeindeentwicklung dar, die auch mit Hilfe des Städtebauörderungsprogramms „Stadtumbau West“ bewältigt werden soll, wie **Alfred Schrenk**, 1. Bürgermeister Markt Wildflecken und **Manfred Grüner**, Regierung Unterfranken, erläuterten. Besichtigt wurden zwei der Impulsprojekte: Der neu gestaltete Rathausplatz sowie sanierte und an Selbstnutzer veräußerte Wohngebäude in der Fleischhauerstraße.

Das Zusammenspiel von Städtebauförderung und Fördermitteln für die Ländliche Entwicklung verdeutlichte Udo Baumann am Beispiel von zwei Gemeinschaftshäusern in Oberweißenbrunn, die erfolgreich saniert werden konnten. Mit dazu beigetragen hätten 10.000 in Eigenarbeit geleistete Stunden von Bewohnerinnen und Bewohnern. Oberweißenbrunn sei, wie er erläuterte, ein gutes Beispiel für erfolgreiche Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum. Mit großem Engagement würde sich die Bewohnerschaft einbringen. Sie hätte zur Identifizierung und Umsetzung von Maßnahmen wichtige Impulse gesetzt. So sei beispielsweise die Verkehrsführung auf Wunsch der Bewohner verändert worden, was zur Aufwertung des Ortes beigetragen habe.



Rathausplatz Wildflecken



Sanierte Reihenhauszeile in der Fleischhauer Straße, Wildflecken

In Bischofsheim schloss sich ein Rundgang durch den historischen Stadtkern an, der die Erfolge von Sanierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren, zum Beispiel am Marktplatz und am Historischen Rentamt, aber auch die zukünftigen Aufgaben der Stadterneuerung zeigte. Ein wichtiges Handlungsfeld ist die Revitalisierung von leerstehenden Bauwerken in der Altstadt. Hierzu zählt die denkmalgeschützte Braunsmühle. Ordnungsmaßnahmen im Umfeld der Mühle sollen zur Steigerung des Standortes beitragen und eine Revitalisierung befördern. Für die Entwicklung von Nutzungsideen wurde mit einer Universität zusammengearbeitet. Ziel sei, wie auch bei anderen leerstehenden Bauwerken, eine Veräußerung an Private. An anderer Stelle sei es bereits gelungen, eine junge Familie für die Sanierung und Eigennutzung eines historischen Gebäudes im Stadtkern zu gewinnen. Am Beispiel der Braunsmühle wurde auf eine Besonderheit der bayerischen Förderpolitik hingewiesen. Die Sanierung von denkmalgeschützten Bauwerken könne umfangreich aus verschiedenen Fördertöpfen (u.a. Bayerischer Entschädigungsfonds) unterstützt werden und der finanzielle Eigenanteil durch Eigenleistungen in Form von Arbeitsstunden erbracht werden.

Als ein weiteres wichtiges Handlungsfeld führte Udo Baumann an, Investitionen bei Hoteliers anzuregen, um das touristische Potenzial des Ortes voll ausschöpfen zu können. Denkbar sei auch die Umnutzung kleinerer leerstehender Bauten für Ferienwohnungen. Der Rundgang endete am Historischen Rentamt, dessen Umfeld, eine bislang wenig gestaltete Grünfläche, mit Mitteln des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ aufgewertet werden soll.



Rundgang durch Bischofsheim: Marktplatz



Denkmalgeschützte Braunsmühle, Bischofsheim

## **Kontakt:**

Bundestransferstelle  
Kleinere Städte und Gemeinden  
c/o Plan und Praxis GbR  
Manteuffelstr. 111  
10997 Berlin

Fon 030 – 60031521  
Fax 030 – 60031522  
transferstelle-ksg@planundpraxis.de

Alle Abbildungen: Plan und Praxis

## **Hinweise zu Literatur und Links:**

Internetportal zum Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“: [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info)

Publikation „Region schafft Zukunft - Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten“  
Hrsg.: BMVBS, Berlin, 2012  
download: [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)

Publikation „Regionalstrategie Daseinsvorsorge - Denkanstöße für die Praxis“  
Hrsg.: BMVBS/BBSR, Berlin, 2011  
download: [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)

„Merkblatt Städtebauförderung 2012“  
Hrsg.: BMVBS, Berlin, 2012  
download: [www.staedtebaufoerderung.info](http://www.staedtebaufoerderung.info)

Internetportal der „Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS)“:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Publikation „DVS-Förderhandbuch für den ländlichen Raum“  
Hrsg.: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, Bonn 2010  
weitere Informationen:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)